15. Sitzung

Mittwoch, 20. Oktober 2021, 10:00 Uhr

TAGESORDNUNG

Das Plenum hat folgende Beschlüsse gefasst:

Aktuelle Debatte
 Bezahlbare Mobilität für die Bürger in Baden-Württemberg

beantragt von der Fraktion der AfD

2. Aktuelle Debatte

Elektrifizierte Südbahn – Meilenstein für die ÖPNV-Offensive in Baden-Württemberg

beantragt von der Fraktion GRÜNE

3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU

Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgesetzes und anderer Gesetze

Drucksache 17/847

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst Drucksache 17/945

Berichterstattung: Gabriele Rolland MdL

hierzu gestellter Antrag:

Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP Drucksache 17/1026

angenommen in 2. Beratung in namentlicher Abstimmung

abgelehnt

4. Rat für die Angelegenheiten der deutschen Sinti und Roma in Baden-Württemberg

- a) Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder seitens des Landtags
- b) Bestätigung der Vertreterinnen/Vertreter und der stellvertretenden Mitglieder, die seitens des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg e. V. vorgeschlagen wurden sowie Bestätigung des Vertreters der Kommunalen Landesverbände

zu a):
Gewählt wurden die
Abgeordneten:
zu Mitgliedern:
Lede Abal, von Eyb
zu stellvertretenden
Mitgliedern:
Dr. Weirauch, Goll

zu b) Bestätigung ist erfolgt

- 5. Regierungsbefragung
- Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Iuca-App und Alternativen zur Kontaktnachverfolgung Drucksache 17/184

Abschnitt I für erledigt erklärt Abschnitt II Ziffer 1 abgelehnt

hierzu gestellter Antrag:

Drucksache 17/200

Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP Drucksache 17/1029

abgelehnt

7. Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr

Modellprojekt zum Einsatz synthetischer Kraftstoffe für tatsächlichen Klimaschutz

Abschnitt I für erledigt erklärt Abschnitt II abgelehnt

 Antrag der Fraktion der AfD und Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Kennzeichnungspflicht bei der Polizei Drucksache 17/247 Abschnitt I für erledigt erklärt Abschnitt II abgelehnt in namentlicher Abstimmung